

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Untersuchung der Rolle und Entwicklung der politischen Parteien des Saargebiets von 1920 bis 1935 zeigte, daß die Saarländer durch die Saarbestimmungen des Versailler Vertrages nicht einfach vor das Problem einer einmaligen nationalen Option gestellt wurden, sondern die lange Dauer des Sonderregimes der Saar konfrontierte die Bewohner nacheinander mit großen politischen Fragen der Zeit und führte in den einzelnen Phasen der Entwicklung zu bedeutsamen Problemüberschneidungen.

Bereits im Saarstatut des Versailler Vertrages waren zwei verschiedene politische Konzeptionen zur Geltung gekommen. Frankreich hatte unter dem Gesichtspunkt der Bedrohung seiner nationalen Sicherheit durch Deutschland und der wirtschaftlichen Verluste des Krieges das Gebiet wegen seiner wirtschaftlichen und strategischen Bedeutung erstrebt, und seine Wünsche waren in der Übereignung der saarländischen Bergwerke und der fünfzehnjährigen Abtrennung des Gebiets vom Deutschen Reich berücksichtigt worden. Präsident Wilsons Vorstellungen vom nationalen Selbstbestimmungsrecht und Völkerbund als Grundlagen einer dauerhaften Friedensordnung hatten zur Festsetzung eines freien Plebiszits und der Schaffung einer internationalen Saarverwaltung unter der Treuhänderschaft des Völkerbundes geführt. Das politische Leben im Saargebiet hatte sich 1919/20 daher in Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht als nationale Abwehr gegen Frankreich formiert. Alle Parteien hatten rasch zu einer Einheitsfront gegen den politischen und wirtschaftlichen Einfluß Frankreichs an der Saar zusammengefunden, und das politische Denken und das System der saarländischen Parteien wurden von diesem Ausgangspunkt grundsätzlich und entscheidend geprägt. Der saarländische Nationalismus erfuhr eine besondere und weitgehend einheitliche Ausformung, da er mit bestimmten Faktoren zusammentraf. Die prinzipielle Anerkennung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes wurde die entscheidende Hoffnung der Saarländer, die gleichzeitige Ablösung einer patriarchalischen Ordnungsform des sozialen und politischen Lebens der saarländischen Arbeiterschaft und der Kampf gegen den autokratischen Charakter des internationalen Verwaltungssystems führten dazu, daß sich der nationale Kampf der Saarländer auf demokratische Vorstellungen berief, und ihr Nationalbewußtsein eine nationaldemokratische Ausformung erfuhr¹. Im Völkerbund und seinen Idealen, den freiheitlichen Traditionen Englands und Frankreichs und der internationalen Anerkennung dieser Ideenwelt wurden die Voraussetzungen zur Verbesserung der Saarverhältnisse erblickt. Man forderte vom Völkerbund Schutz gegen die französische Saarpolitik der ersten Jahre nach 1919 und einen demokratischen

¹ Über den Einfluß der republikanisch-demokratischen Prinzipien für die nationalstaatliche Politik nach dem Ersten Weltkrieg vgl. Schieder, *Der Nationalstaat in Europa als historisches Phänomen*, S. 20.

Ausbau des Saarsystems. Überdies sahen die saarländische Arbeiterschaft, die Zentrumspartei und vor allem die Sozialdemokratische Partei im Übergang zur Republik in Deutschland den großen politischen und sozialen Fortschritt, und das Deutschland von Weimar wurde zu einer Art sozialpolitischen Idol. Daneben blieben die Komponenten des traditionellen deutschen Nationalbewußtsein, nämlich die Verbundenheit mit der deutschen Nation als völkischer, sprachlicher und kulturell-historischer Einheit, bestehen. Das zeigte sich etwa in der Schärfe des Kampfes gegen die französischen Domanienschulen und der Abwehr jedes kulturellen französischen Einflusses. Für die Zentrumspartei des Saargebietes und die Katholiken allgemein wurde, besonders unter dem Einfluß Bischof Bornewassers, eine theologische Begründung des Nationalbewußtseins entwickelt. Treue zu Volk und Vaterland erschien als sittlich-religiöse Pflicht. Die Argumente für die praktische Politik aller saarländischen Parteien wurden jedoch zunächst und vor allem aus der Begegnung mit den westlichen Vorstellungen gewonnen. Zum Unterschied gegenüber der deutschen Entwicklung prägte daher ein positives Verhältnis zu Demokratie, Republik und Völkerbund das politische Leben des Saargebietes. Diese Ideen wurden um so festerer Bestandteil der politischen Theorie der saarländischen Parteien, als sich bereits seit 1922 in steigendem Maße der Erfolg einer Politik auf ihrer Basis abzeichnete. Sekretariat und Rat des Völkerbundes und die Weltöffentlichkeit schalteten sich besonders 1923 in die Kritik des Saarsystems ein, und der französische Einfluß im Saargebiet und in der Regierungskommission wurde seither schrittweise zurückgedrängt. Die saarländischen Parteien gewannen seit der Errichtung einer Art saarländischen Parlamentes (Landesrat) mit beratender Funktion im Jahre 1922 einen entscheidenden Anteil an der Mitgestaltung der inner-saarländischen Verhältnisse. Da die Regierungskommission angesichts der Kontrolle des Rates, der Kritik der Saarländer und der internationalen Presse ihre Aufgabe, zum Wohle der Saarländer zu regieren, besonders ernst nahm und die Saarländer ihre wirtschaftlichen und sozialen Wünsche überdies auch beim Völkerbund, der deutschen und französischen Regierung geltend zu machen wußten, entwickelte sich das Saargebiet zu einem relativ wohlhabenden Land. Die Funktion des Schutzes der Rechte, des Wohles und der nationalen Selbstbestimmung der Saarländer, die Wilson dem System zgedacht hatte, wurde erfüllt. Trotz der anfänglichen Verbiegungen des Saarstatuts bewährte sich das System im wesentlichen auf der Grundlage seiner Internationalität und der Ideale der Völkerbunds-konzeption. So waren im Saargebiet sehr früh positive Faktoren des Pariser Vertragswerkes zum Tragen gekommen; politisch fand das vor allem seinen Ausdruck darin, daß trotz des alles durchformenden Nationalismus der Saarländer sich rechtsradikale Parteien im Saargebiet nicht entwickelten und selbst die Deutschnationale Volkspartei bedeutungslos blieb und sich an der Saar der demokratischen Ideenwelt stärker annäherte als im Deutschen Reich. Da das System für die nationale Selbstbestimmung der Saarländer funktionierte, kam es dazu, daß spätestens 1925 für die Weltöffentlichkeit und für Frankreich klar wurde, daß für die Saarbevölkerung nur eine Option für

Deutschland in Frage kam. Damit war die vorgesehene fünfzehnjährige Dauer des Sonderregimes, von dem Frankreich sich eine Gewinnung der Saarbevölkerung versprochen hatte, letztlich politisch sinnlos geworden. Das nationaldemokratische Denken der Saarländer führte zu der konsequenten Forderung, daß das Saarsystem als politisch und, da die nordfranzösischen Kohlengruben wiederhergestellt waren, auch als wirtschaftlich überholt zu liquidieren sei. Die außenpolitische Konzeption der politischen Parteien der Saar stand deshalb, besonders seit 1926, ganz unter dem Gedanken einer möglichst baldigen und vorzeitigen Rückgliederung. Mit diesem Programm stießen die politischen Parteien an entscheidende Grenzen ihres Einflusses und des bestehenden Systems. Einmal zeigte sich, daß der Rahmen der politischen Aktivität des Rates und Sekretariats des Völkerbundes in der Saarfrage nicht über die Vertragsbestimmungen von Versailles hinaus auszuweiten war. Im Vertrag war dem Völkerbund das Saargebiet als Verwaltungsaufgabe zugewiesen worden, und der Rat konnte nicht ohne Überschreitung des Vertrages eine Basis für internationale Verhandlungen über eine vorzeitige Rückgliederung der Saar gewinnen. Für die Saarländer waren die im System liegenden Möglichkeiten zu einer erfolgreichen Politik durch Vorstellungen beim Völkerbund ausgeschöpft. Hinfort knüpften sich ihre Hoffnungen an die deutsch-französische Verständigungspolitik Briands und Stresemanns. So ging die politische Aktivität der Parteien bei den Ratsmitgliedern in Genf zurück zugunsten einer Zusammenarbeit mit der Deutschen Reichsregierung. Während jedoch auf der internationalen Ebene des Völkerbundes bei der Behandlung der Saarfrage ideelle Vorstellungen eine Rolle gespielt hatten, änderte sich jetzt die Situation grundlegend. In den Bemühungen um eine Bereinigung der Saarfrage durch bilaterale Verhandlungen mußten die realen Interessen Frankreichs an der Saar wieder eine größere Bedeutung gewinnen; die Gegensätze zwischen der außenpolitischen Konzeption der Saarländer und der deutschen Revisionspolitik einerseits und andererseits Briands Politik der Sicherheit und europäischen Solidarität, zu deren wesentlichem Bestandteil auch der Versailler Vertrag gehörte, mußten sich in aller Schärfe zeigen. Das Scheitern der Saarverhandlungen des Jahres 1929/30 war für die saarländischen Parteien eine große Enttäuschung, da Frankreich nach ihrer Auffassung sich einer Liquidation eines Unrechts entzogen hatte und damit eine Friedensordnung aus westlich-demokratischen Vorstellungen in Frage stellte. So führten die Verhandlungen erneut zu einer nationalen Erregung an der Saar gegenüber Frankreich und zu der Auffassung, daß man sich in Zukunft vor der Politik französischer Rechtskreise, die den status quo zur Behauptung wirtschaftlicher Vorteile Frankreichs erstrebten, vorsehen müsse. Der einzige Inhalt der saarländischen Politik blieben hinfort vage Hoffnungen auf eine vorzeitige Rückgliederung, Weiterpropagierung einer nationalen Entscheidung im Plebiszit und die Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Bevölkerung. Die Zeit der Ausformung der Programme und der großen Erfolge in Genf war vorbei, man verwuchs immer stärker mit den Konflikten der Spätphase der Weimarer Republik, es war gegenüber den ersten Jahren des Kampfes und

den Jahren der Hoffnungen auf die europäische Verständigungspolitik eine Zeit der Stagnation und Resignation. Die Weltwirtschaftskrise führte zu einer weiteren Depression des politischen Lebens, zum Anwachsen des saarländischen Kommunismus und zu einer ersten größeren Aktivität der NSDAP im Saargebiet.

In diese Situation, die seit dem Scheitern der Saarverhandlungen im Sommer 1930 bereits zwei Jahre währte, fiel die Bildung der Regierung Hitler. Die Bindung der entscheidenden saarländischen Parteien an die demokratische Vorstellungswelt und die Außenpolitik Stresemanns und Brünnings hatte sie den Nationalsozialismus heftig bekämpfen lassen; die neue nationalsozialistische Reichsregierung bedeutete für sie eine tiefe Enttäuschung und ein Scheitern auch ihrer innenpolitischen Vorstellungen. Dennoch führte die politische Entwicklung im Jahre 1933 im Saargebiet dazu, daß sich bereits im Herbst 1933 alle Parteien außer den beiden sozialistischen auflösten. Die Parteien erwiesen bei aller prinzipiellen und traditionellen Ablehnung des Nationalsozialismus, die teilweise auch nach 1933 noch sehr scharf zum Ausdruck kam, eine erstaunlich geringe Widerstandskraft. Neben den Tatsachen, daß in den ersten Monaten nach dem 30. Januar 1933 ihre Opposition durch die Abhängigkeit von den deutschen Mutterparteien und deren Haltung und durch vielfältige Einflußmöglichkeiten der Nationalsozialisten und der NS-Regierung auf das Saargebiet geschwächt wurde, führt die Betrachtung dieses Prozesses tiefer in die politischen Vorstellungen der einzelnen Parteien, insbesondere der Zentrumspartei, ein. Zunächst und vor allem wurde klar, daß die demokratischen Ideen für die bürgerlichen Parteien und die Zentrumspartei kein selbständiger Bestandteil ihrer Auffassungen waren, sondern daß sie als nationaldemokratische Vorstellungen auf ihren Kristallisationspunkt, das nationale Selbstbestimmungsrecht und das Nationalbewußtsein, angewiesen waren. So wurde es allen Parteien, auch den Sozialdemokraten und den Kommunisten, schwer, die Volksabstimmung für die Rückgliederung an Deutschland aus grundsätzlicher Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus in Frage zu stellen. Das zeigte sich nicht nur im Verhalten der Parteileitungen, sondern war für die gesamte Bevölkerung in besonderem Ausmaß der Fall, da ihre politische Aktivität und der Anteil breiterer Schichten am politischen Leben im Saargebiet in dem Augenblick eingesetzt hatte, als es um die nationale Frage ging. Alle Parteien, mit Ausnahme der sozialistischen, sahen zudem die Regierung Hitler selbstverständlich als legitime Reichsregierung und als Verhandlungspartner an. In den zahlreichen Versuchen des Zentrums, eine kritische und selbständige Stellung gegenüber dem Nationalsozialismus zu wahren, offenbarte sich, daß die Vorbehalte fast ausnahmslos weltanschaulicher Art waren. Überdies ließ sich das Zentrum, obwohl es die beherrschende Position an der Saar besaß, in eigentümlicher Weise durch die nationalsozialistischen Angriffe auf seine nationale Zuverlässigkeit herausfordern und wies immer wieder auf seine nationale Vergangenheit wie seinen Willen zur Mitarbeit hin. Das erweckt den Eindruck, als ob noch nationale und politische Inferioritätsgefühle aus der Zeit der beherrschenden Stellung des Nationallibera-

lismus nachwirkten². Von großer Bedeutung für die Haltung der Katholiken und der Zentrumspartei war auch die Stellungnahme Bischof Bornewassers. In dem Dilemma zwischen den weltanschaulichen Vorbehalten gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Willen zur Rückgliederung mußte seine wiederholte Betonung der Vaterlandsliebe als sittliche Pflicht eine Lösung des Konflikts zugunsten einer Entscheidung für die Rückgliederung erleichtern. Eigentümlich unrealistisch hielten die Vertreter des Zentrums und der Geistlichkeit in ihrem inneren Zwiespalt die Fiktion aufrecht, daß es sich um Übergriffe nachgeordneter Stellen handele und daß durch Beschwerden bei Hitler etwas zu erreichen sei. Diese Fiktion ermöglichte ihnen auch, ihre Beunruhigungen und ihre Klagen teilweise recht mutig Hitler vorzutragen. Letztlich war aber entscheidend, daß bei der Problemüberschneidung von nationaler Entscheidung und Ablehnung des Hitlerregimes die historische Tradition und die Entwicklung des politischen Denkens der letzten dreizehn Jahre zunächst und vor allem die nationale Entscheidung nahelegten und man noch nicht allgemein zu einer Einsicht in das prinzipielle Wesen eines totalitären Diktatorsystems gelangt war.

Die sozialdemokratische Opposition dagegen zeigte seit Herbst 1933 eine erstaunlich richtige Einschätzung der innenpolitischen und außenpolitischen Konsequenzen der nationalsozialistischen Herrschaft. Ihrem Einfluß waren jedoch sehr enge Grenzen gezogen, da sie sich schon vor 1933 auf Grund ihrer mangelnden politischen Tradition an der Saar und der Gegnerschaft des Katholizismus als instabil erwiesen hatte und ihre konkreten politischen und sozialen Zielsetzungen in den Jahren des Sonderregimes der Saar auch alle einen nationalen Kern besessen hatten. Ihr Versuch, mit Hilfe des Völkerbundes eine Aufschiebung bzw. eine Wiederholung der Abstimmung zu einem späteren Zeitpunkt zu erreichen, führte zu keinem offiziellen Ratsbeschuß und vermochte daher die Bedenken der Saarländer, daß mit einer Abstimmung für den status quo das Saargebiet national für Deutschland verloren sei, nicht zu zerstreuen.

In dieser letzten Phase der saarländischen Entwicklung erwiesen sich erneut die positiven Möglichkeiten wie die Grenzen des Saarsystems. Die Regierungskommission und der Rat des Völkerbundes konnten Rechte und Freiheiten der Saarbevölkerung und ein freies Plebiszit, diesmal in Abwehr nationalsozialistischer und damit deutscher Übergriffe, weitgehend schützen, aber in der Festsetzung des Abstimmungstermins blieb der Rat an den Versailler Vertrag gebunden.

Das Saargebiet, im Versailler Vertrag auf Grund seiner wirtschaftlichen Struktur erstmals zu einem Territorium zusammengefaßt, damit eine sehr junge historische Schöpfung, war in der Zeit des Sonderregimes von 1920

² Dafür spricht besonders ein Brief, den der Vorsitzende der Zentrumspartei, Rechtsanwalt Steegmann, am 20. 12. 1930 an Prälat Lauscher als Vorsitzenden der preußischen Landtagsfraktion des Zentrums sandte und in dem er dafür eintrat, daß ein Katholik preußischer Handelsminister werde, damit die Katholiken im Saargebiet nach der Rückgliederung nicht wie in der früheren Zeit durch die preußische Bergwerksverwaltung hintangesetzt würden (Abschrift BA Koblenz, Reichskanzlei R 43/1/255, vgl. den Brief unten als Anlage 29, S. 419 f.).

bis 1935 in beachtlichem Ausmaß zu einer inneren Einheit gelangt und zu einem Gebiet eigenständiger Prägung geworden. Das Zusammentreffen des Ausbaus einer Verwaltungseinheit Saargebiet mit dem Beginn der politischen und standespolitischen Aktivität der saarländischen Arbeiterschaft nach dem Ersten Weltkrieg und mit dem nationalen Kampf gegen Frankreich ließen die Bewohner des Gebietes enger zusammenwachsen und ein Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen. Da das Sonderregime die Parteien, Standes- und Wirtschaftsorganisationen in eine ungewöhnliche Betätigung, auch außenpolitischen Charakters führte, wurde der Prozeß der politischen Reifung der Bevölkerung beschleunigt. Eine gewisse Divergenz zwischen der Konzentration auf die Probleme eines kleinen, bisher relativ bedeutungslosen Gebietes und einer heimatlichen Prägung seiner Politiker und jenem großen politischen Rahmen, in dem die Saarprobleme erörtert wurden, blieb bei diesem raschen Entwicklungsprozeß bestehen. Das Sonderregime begünstigte auch eine Bereicherung und Differenzierung des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. Die Saarbevölkerung selbst wurde nun zum Träger der geistigen und politischen Entwicklung des Gebietes. Besonders die katholische Führungsschicht und die Zentrumspartei gewannen einen Einfluß, den sie vorher nie besessen hatten. Da das Sonderregime nach den ersten Jahren die Möglichkeit zur Verbindung mit Deutschland bestehen ließ, vollzog sich dieser Prozeß in engem Kontakt mit dem deutschen Geistesleben und bewahrte das Gebiet vor unfruchtbarer kultureller Isolierung. Mit der Entfaltung eines eigenständigen saarländischen Lebens wuchs in der Zeit der Völkerbundsverwaltung allerdings auch das Bewußtsein der Saarländer, wegen ihrer besonderen Situation Anspruch auf eine sorgsame Berücksichtigung ihrer Wünsche zu besitzen. Man war durch die Stellung zwischen Deutschland und Frankreich daran gewöhnt worden, besondere Förderung zu erfahren. Der innersaarländische Entwicklungsprozeß unter dem Völkerbundsregime spiegelt bestimmte Erscheinungen, die für eine internationale Sonderverwaltung an sich, bei allen vielfältigen Abwandlungen auf Grund jeweilig verschiedener Voraussetzungen, allgemein charakteristisch sein dürften.